



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Juli 1986

Rettet das Meßdorfer Feld!

Bürger gegen die Bebauung

Für viele Eendenicher, aber nicht nur für sie, ist es ihr Naherholungsgebiet, das sie nach Feierabend oder am Wochenende aufsuchen, um einen Spaziergang zu machen oder mit dem Rad zu fahren. Nun ist das Meßdorfer Feld in akuter Gefahr. CDU und Verwaltung wollen gegen den Willen der Bürger mit der Bebauung beginnen. Der Widerstand der Eendenicher wird stärker. Sie wollen ihr Feld erhalten. Eine Fragebogenaktion soll dem Anliegen weiteren Nachdruck verleihen.

Die Forderung "Rettet das Meßdorfer Feld" ist für die Eendenicher nichts Neues. Leider mußten sie schon öfter erleben, daß die CDU versuchte, dieses Gelände mit Bebauung und Straßen zuzubetonieren.

Schon 1974 machte die Eendenicher SPD in einer Planungsausschussung in der Sonderschule am Probsthof auf die drohenden Gefahren aufmerksam.

Die zahlreichen Besucher der Ausstellung sprachen sich einmütig für die Erhaltung des Feldes als Freifläche aus. Die Pläne verschwanden zunächst in der Schublade.

Nun hat die CDU sie wieder hervorgeholt. In den letzten Jahren hat sie mit ihrer Mehr-

heit bereits Änderungen im Flächennutzungsplan durchgesetzt, die den Anfang vom Ende des Meßdorfer Feldes bedeuten, wenn dagegen nichts unternommen wird.

In diesen Änderungen wurden große Flächen entlang der Umgehungsstraße als bebaubare Flächen ausgewiesen, hinzu kam die Planung einer Straße quer durch das Feld.

Nun soll mit der Bebauung begonnen werden. Der erste Bebauungsplan wurde im Stadtplanungsausschuss gegen den Widerstand der SPD beschlossen. Die Begründung der CDU dafür ist an Heuchelei kaum noch zu überbieten.

Man taste das Meßdorfer Feld ja überhaupt nicht an, tönt es



Übrigens:

Ist es Ihnen in den letzten Wochen auch aufgefallen? Die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung haben mal wieder etwas klargestellt, und zwar diesmal nicht durch Gerede, sondern durch konkrete Taten.

Die CDU/FDP - Bundesregierung hat deutlich gemacht, wie sie zu den Menschenrechten steht.

Da gibt es im Süden Afrikas einen Staat, in dem eine Minderheit von Weißen über eine Mehrheit von Farbigen und Schwarzen herrscht, und das schon seit Jahrzehnten.

Und da hat es ja schon immer Unionspolitiker gegeben, die an dem dortigen System nichts auszusetzen hatten. Franz Josef Strauß hat das oft genug klargestellt.

Ein System hält sich dort mit Unterstützung des Westens an der Macht, dessen Fundament der Rassismus ist, ein System, das immer mehr faschistische Züge zeigt.

Die Unterdrückten in jenem Land fordern die Welt auf, ihnen zu helfen. Als wirksamste Hilfe nennen sie alle die Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Unterdrückten.

Sie wissen, daß das auch sie treffen wird. Aber sie sagen: Lieber noch einige Zeit leiden mit der konkreten Hoffnung auf einen Wandel als ein Leben in Hoffnungslosigkeit.

Einige westliche Länder haben diesen Wunsch erfüllt. Sie haben Sanktionen eingeführt.

Die Bundesregierung lacht das nicht an. Ihr sind die Profitinteressen der deutschen Wirtschaft allemal wichtiger als die Menschenrechte von Millionen Afrikanern.

Hat die CDU aus der Geschichte nichts gelernt?

Offenbar nicht, denn auch in Bonn dürfte der Botschafter der faschistischen Junta in Chile zusammen mit einem deutschen Minister eine Ausstellung eröffnen!



„Da saße ich ja in totaler Finsternis!“

Zeichnung: Hatzinger/tz

dem erstaunten Bürger entgegen. Nur die für die Bebauung im Flächennutzungsplan vorgesehenen Teile sollten auch bebaut werden.

Das bedeutet konkret: Was das Meßdorfer Feld ist, bestimmt die CDU. So einfach ist das! Was auf dem Papier nicht mehr Feld ist, darf auch nicht mehr als solches bezeichnet werden. Bei dieser Art der Argumentation läßt sich absehen, wann das Feld im Flächennutzungsplan ganz hinwegdefiniert sein wird und dann ganz bebaut werden kann.

Die SPD wendet sich zusammen mit den Bürgern gegen diese miese Taktik der CDU. Das Meßdorfer Feld ist nicht das, was die CDU aufzuringelt irgendwelcher Papiere als solches bezeichnet. Das Meßdorfer Feld ist alles das zwischen Endenich, Lessenich, Meßdorf, Duisdorf und Dransdorf, was heute grün und Feld ist. Und genau das soll und muß in der jetzigen Form erhalten bleiben!

Das Feld ist wichtig für tausende Mithürger, die es immer wieder als beliebtes Naherholungsgebiet nutzen, sei es zu Fuß oder mit dem Rad.

Darüberhinaus hat das Meßdorfer Feld auch eine überaus wichtige Funktion für die ganze Stadt. In dem für Inversions-

wetterlagen (Smogklima) anfälligen Bonn ist dieses Feld eine der letzten Frischluftschneisen, durch die frische Eifelluft in den Bonner Kessel strömen kann. Das Meßtal, das einmal eine ähnliche Funktion hatte, ist bereits zugebaut worden. Dem Bonner Klima ist das schlecht bekommen!

Diese Entwicklung darf sich auf dem Meßdorfer Feld nicht wiederholen. Die SPD hat deshalb einen Antrag im Rat eingebracht, mit dem der Flächennutzungsplan geändert werden soll.

Das Feld soll danach in seinem jetzigen Zustand der Nutzung erhalten bleiben. Was Grünfläche ist, soll auch als solche festgeschrieben werden und in der Landschaftsrahmenplanung als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.

Die Endenicher Jusos haben eine Fragebogenaktion durchgeführt, in der die Endenicher nach ihrer Nutzung des Feldes und ihrer Meinung gefragt werden. Dieser Fragebogen ist auf der letzten Seite abgedruckt. Bitte sagen auch Sie Ihre Meinung dazu. Füllen Sie ihn aus und schicken ihn an die Redaktion. Je mehr Bürger sich beteiligen, desto größer ist die Chance, das Feld zu retten!

Alternative Energiepolitik SPD macht Vorschläge

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wird allenthalben vom Ausstieg aus der Kernenergie gesprochen. Die Bonner SPD hat den Verzicht auf Kernenergie seit langem gefordert. Sie hat jetzt Vorschläge gemacht, wie dafür die Voraussetzungen auch auf kommunaler Ebene geschaffen werden können. Dieter Witte, bis vor kurzem Vorsitzender des Stadtwerkeausschusses, erläutert.

Die Bonner SPD setzt sich nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl erneut für den Ausstieg aus der Kernenergie ein. Danach soll die Energieversorgung der Stadt Bonn mit Strom in Zukunft in Unabhängigkeit von Kernkraftwerken sichergestellt werden. Dazu schlägt die SPD folgende Maßnahmen vor.

VERBRAUCHSMINDERUNG DURCH ENERGIEEINSPARUNG

Im privaten wie im öffentlichen Bereich gibt es zahllose Möglichkeiten, Energie einzusparen. Die Stromersparung ist deshalb vom Staat aktiv zu fördern, insbesondere durch die Neugestaltung der Stromtarife.

Nicht der Massenverbrauch ist zu begünstigen, sondern der Sparverbrauch.

Die Kundenberatung der Stadtwerke wie von RWE und Rhenag müssen intensiviert werden, um die Verbraucher auf die energiesparenden Haushaltsgeräte aufmerksam zu machen. Energieverschwendung darf nicht weiter durch die Tarifgestaltung begünstigt werden.

NUTZUNG SÄMTLICHER ALTERNATIVEN ENERGIE

Zur Erzeugung von elektrischer Energie sollen Wasser-

und Windkraft sowie Bio-, Klär- und Deponiegas genutzt werden.

Auch wenn der Beitrag dieser Energiequellen zur Stromversorgung insgesamt gesehen nur gering bleiben wird, müssen diese nutzbaren Potentiale im Rahmen der Energiepolitik ausgeschöpft werden.

Durch die Förderung des Baues von Sonnenkollektoren ist die Nutzung der Solarenergie zu fördern.

Alle bau- und planungsrechtlichen Beschränkungen, die der Nutzung der alternativen Energien entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

DEZENTRALE ENERGIEVERSORGUNG - ABKÖPPELUNG VON DEN ENERGIE-GROSSVERSORGUNGSENTERNEHMEN

Die Bonner SPD tritt für die örtliche Energieversorgung ein, wobei die überörtlichen energiepolitischen Zielsetzungen berücksichtigt werden sollen.

Das Gebiet der Stadt Bonn wird zur Zeit nur im Bereich von Alt-Bonn direkt mit Strom von den Stadtwerken versorgt. Die Stadtteile Beuel, Bad Godesberg und Hardtberg gehören zum Konzessionsgebiet der RWE.

Seit über 20 Jahren fordert die SPD eine städteigene Energieversorgung - durch Rückkauf der Konzessionen von der RWE.

Spätestens 1995 ist es möglich, für das gesamte Stadtgebiet eine einheitliche Energieversorgung durch die Stadt selbst zu ermöglichen. Damit kann die Abhängigkeit der Stadt Bonn von den Großversorgern beendet werden.

Wesselgelände: Guter Zuschnitt

SPD-Abordnung informierte sich vor Ort

Im Bereich der ehemaligen Wesselwerke tut sich was. Wer dort in letzter Zeit einmal vorbeigekommen ist, konnte feststellen, daß die Gebäude der früheren Keramikfabrik teilweise schon wieder genutzt werden. Bonner Gewerbe- und Technologiezentrum nennt sich das. Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung hat sich die Planung erläutern lassen. Stadtverordneter Dieter Witte berichtet.



Architekt Helmut Brühl (2.) führte die SPD-Fraktion Horst Bachmann (2.v.l.), Dieter Witte (2.v.r.) und Jochen Dieckmann (3.) durch das ehemalige Gelände der Wesselwerke. Foto: Honey

Im Bereich des ehemaligen Wesselwerkes entstehen zur Zeit zahlreiche neue Gewerbebetriebe unterschiedlichster Art.

Interessant dabei ist, daß die neuen Firmen, die dort angesiedelt werden, in den alten Gebäuden des ehemaligen Werkes untergebracht werden.

Nicht die Monotonie moderner Industriearchitektur, sondern die Vielfalt früherer Industriebauwerke, die für die speziellen Zwecke der unterzubringenden Gewerbebetriebe umgebaut werden, beherrscht das äußere Bild.

Interessant ist auch die Durchmischung unterschiedlicher Gewerbebetriebe mit der inzwischen berühmt gewordenen kulturellen Einrichtung "Bisquithalle" sowie mit der geplanten Eislauffläche, Tennisplätzen und vor allem auch dem zur Zeit in Bau befindlichen Handwerkerhof.

Nach der Pleite der damaligen Firma Wessel gingen in kurzer Zeit über 900 Arbeitsplätze in der Stadt Bonn verloren.

Zwischen 400 und 600 Arbeitsplätze sind inzwischen in diesem Bereich wieder entstanden.

Nach dem endgültigen Ausbau dieses Geländes werden dort über 1.000 Arbeitsplätze vorhanden sein, also einige hundert mehr, als vor der Schließung des Werkes vorhanden waren.

Die SPD begrüßt diese auf privater Ebene zustandegekommene Entwicklung sehr.

Im Gegensatz zu dem noch immer ungenutzten Gelände der Firma Sönneken in Poppelsdorf, der Firma Schmidt in Lengsdorf sowie der anderen ehemaligen Industriebetriebe ist dies ein gutes Beispiel dafür, wie Gewerbegebiete neu belebt werden können.

Die Endenicher SPD wird sich dafür einsetzen, den Bereich um das Wesselgelände besser an den Öffentlichen Nahverkehr anzuschließen. Sowohl für die in den dortigen Betrieben arbeitenden Menschen wie auch für die Besucher großer Kulturveranstaltungen in der "Bisquithalle" ist ein optimaler Anschluß an das Verkehrsnetz der Stadtwerke notwendig.

Neuer Vorsitzender

Die SPD-Ratfraktion hat einen neuen Vorsitzenden. Nachdem Hermann Brungs, der die Fraktion in den letzten Jahren erfolgreich geführt hatte, aus beruflichen Gründen dieses Amt niedergelegt hatte, wählte die Fraktion im Juni Dieter Witte zu ihrem neuen Vorsitzenden.



Damit steht ein Endenicher an der Spitze der zweitgrößten Ratsfraktion. Witte dankte seinem Vorgänger für die gute Arbeit als Vorsitzender. Hermann Brungs wird dem Rat auch weiterhin angehören.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Christine Gebauer und Heiner Eckolt wiedergewählt.

Als Kassierer wurde ein zweiter Endenicher Stadtverordneter bestimmt: Horst Bachmann. Er hatte dieses Amt auch bisher inne.

Neu in den Vorstand als Nachfolgerin für Dieter Witte wurde Lilo Hinrichs zur Pressesprecherin der Fraktion gewählt. Mit ihr sind nunmehr 2 von 5 Vorstandsmitgliedern Frauen.

ROTKEHLCHEN wünscht dem neuen Vorstand viel Erfolg bei der Arbeit für die Bürger!

Stadt in der Schuldenkrise

Horst Ehmke nimmt Stellung

Die Stadt Bonn steht vor einem riesigen Schuldenberg und plant trotzdem weiter kostenträchtige Prestigeprojekte. Oberbürgermeister Daniels, durch sein Doppelmandat ohnehin überfordert, ist nicht in der Lage, bei seinen Parteifreunden im Bund eine für die Bundeshauptstadt angemessene Unterstützung zu erreichen. Dazu schreibt uns der SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Professor Horst Ehmke.

34 Millionen DM werden der Stadt Bonn im nächsten Haushalt fehlen. Es wird 1987 keinen ausgeglichenen Haushalt geben. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Stadt Bonn gibt zuviel Geld aus und nimmt zuwenig ein.

Aber: Erst im letzten Jahr lehnte die CDU die von der Verwaltung geforderte Erhöhung der Gewerbesteuer ab. Die ohnehin schwache gewerbliche Wirtschaft sollte "geschont" werden. Als ob für Unternehmen die Standortentscheidung nur von der Höhe der Gewerbesteuer und nicht auch von Faktoren wie Infrastruktur, ausreichende Gewerbeflächen usw. abhängt!

Jetzt ist die CDU voraussichtlich gezwungen, in den ihrer Meinung nach "sauren Apfel" zu beißen und kommunale Steuern zu erhöhen.

Aber dies ist leider nicht die einzige Schreckensnachricht über die städtischen Finanzen. Für die Jahre 1988 und 1989 prognostiziert die Stadtkämmerei erhebliche Millionendefizite bei den Bundeszuwendungen. Die Haushaltsplaner der Stadt haben einen erheblich höheren Bundeszuschußbedarf errechnet als nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes der Bund zu geben bereit ist.

Welche Gründe sind nun maßgebend für die schlechte Finanzsituation der Stadt?

Zum einen plant die Bonner CDU für die 2000-Jahr-Feier, die im Jahr der Kommunalwahlen stattfinden wird, ehrgeizige Vorzeigeprojekte, deren Kosten hoch und deren Folgekosten nicht abzusehen sind. Getreu nach dem Motto: wir planen und der Bund wird schon einspringen, wenn das Geld nicht reicht.

Zum zweiten erweist sich der Kulturhaushalt als Faß ohne Boden. Damit ich richtig verstanden werde: Das Bonner Theater und die Oper haben in den letzten Jahren erheblich an Profil gewonnen. Sie durch Finanzkürzungen ins provinzielle Mittelmaß zurückfallen zu lassen, wäre kulturpolitisch unverantwortlich.

Aber die von der CDU durchgesetzte Spartenrennung war schon viel teurer als vorgesehen.

Kosten werden von der politischen Mehrheit in unserer Stadt nicht kalkuliert, sondern einfach verursacht. Da hilft es wenig, wenn CDU-Fraktionchef Blank der Hoffnung Ausdruck gibt, der Bund werde die Mehrkosten schon übernehmen. Notwendig wäre gewesen, mit dem Bund vorher darüber zu verhandeln und ihn nicht über die Presse zu informieren.



Oberhaupt erscheint Doppelmandatsträger Daniels, CDU-Bundestagsabgeordneter und Oberbürgermeister zugleich, als schlechter Sachwalter Bonner Hauptstadtinteressen.

1970 hat die sozialliberale Koalition mit der Stadt den ersten, 1980 den zweiten Bonn-Vertrag geschlossen.

Immer wieder war von Oberbürgermeister Daniels zu hören, der Bund würde aus parteipolitischen Gründen die Bundeshauptstadt nicht genügend unterstützen.

Seit Oktober 1982 hat sich die Situation verändert. Seitdem regieren CDU und FDP in Stadt und Bund. Man sollte meinen, dies seien ideale Voraussetzungen für die Interessen der Stadt, zumal Hans Daniels auch Mitglied des Bundestages ist.

Anscheinend ist aber Sparkommissar Stoltenberg nicht bereit, auf die Wünsche der Stadt einzugehen. Ich habe den Eindruck, daß zur Zeit der sozialliberalen Koalition die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bund besser war als heute.

Burgfest 1986

Bald ist es wieder soweit. Die Vorbereitung zum Endenicher Burgfest 1986 läuft auf vollen Touren.

Auch diesmal ist neben Musik für ein buntes Programm gesorgt. Auch für den Gaumen wird wieder einiges geboten.

Aber am besten überzeugen Sie sich doch selbst! Merken Sie sich schon mal den Termin vor: Samstag, 20. September.

Land verkauft Wohnungen

Der nordrhein-westfälische Finanzminister beabsichtigt, landeseigene Wohnungen an der Eendenicher Allee und der Wegeleerstraße zu verkaufen. Das hat zu erheblicher Unruhe unter den Mietern geführt. Sie fürchten vor allem um ihr Wohnrecht. Was kommt auf die Mieter zu? ROTKEHLCHEN sprach mit der Pressereferentin von Finanzminister Dieter Posset, Frau Dr. Barbara Hendricks.

ROTKEHLCHEN: Frau Dr. Hendricks, warum verkauft das Land eigene Wohnungen?

Dr. Hendricks: Die Häuser sind in den fünfziger Jahren gebaut worden, als das Land Wohnraum für seine Bediensteten schaffen mußte. Diese Notwendigkeit besteht heute nicht mehr. Zudem ist die Bewirtschaftung von Wohnungen durch das Land unwirtschaftlich. Das können andere Organisationen besser.

ROTKEHLCHEN: An wen werden die Wohnungen verkauft?

Dr. Hendricks: Die Wohnungen sind zunächst den Mietern angeboten worden. Mit denen, die Interesse bekundet haben, werden jetzt Verkaufsverhandlungen geführt.

ROTKEHLCHEN: Und was geschieht mit den anderen Wohnungen, deren Mieter nicht kaufen wollen oder können?

Dr. Hendricks: Diese Wohnungen werden an die Landesentwicklungsgesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften verkauft. Die neuen Eigentümer dieser Wohnungen werden also in jedem Fall gemeinnützige Unternehmen sein, die dem Land gehören bzw. in denen das Land entscheidenden Einfluß hat.

ROTKEHLCHEN: Was bedeutet das für die Mieter? Werden die Mieten durch den Verkauf steigen?

Dr. Hendricks: Durch den Verkauf werden die Mieten nicht steigen. Eventuelle Erhöhungen aufgrund von Modernisierungen können später natürlich möglich sein. Aber solche Maßnahmen erhöhen ja den Wohnwert und kommen den Mietern zugute.

ROTKEHLCHEN: Wie steht es mit dem Kündigungsschutz? Müssen die Mieter um ihr Wohnrecht fürchten?

Dr. Hendricks: Das Wohnrecht der Mieter bleibt erhalten. Bei Verkauf an Privatpersonen hätte dieses Recht durch Anmeldung von Eigenbedarf in der Tat in Gefahr geraten können. Aber gemeinnützige Wohnungsunternehmen können bekanntlich keinen Eigenbedarf geltend machen.

ROTKEHLCHEN: Hätte man nicht durch rechtzeitige umfassende Information den Mietern manche Sorge und Unruhe ersparen können?

Dr. Hendricks: Die erste Information durch den Regierungspräsidenten hat tatsächlich zu Miß-

Rettet das Meßdorfer Feld!

Liebe Freunde des Meßdorfer Feldes!

Wir alle wissen die Freifläche zwischen Eendenich, Dransdorf, Meßdorf und Duisdorf, das sogenannte Meßdorfer Feld, zu schätzen. Leider gibt es Pläne der Stadtverwaltung, das Feld durch Straßen, Gewerbegebiete und Wohnbebauung zu zerstören. Wir hätten kein Erholungsgebiet mehr in der Nähe unserer Wohnungen. Dagegen wenden sich Bürger und Naturschützer. Um der Forderung "Rettet das Meßdorfer Feld" noch mehr Nachdruck zu verleihen, möchten wir Sie bitten, einige Fragen zu beantworten. Sie helfen uns, die Zerstörung des Meßdorfer Feldes zu verhindern. Sie können auch mehrere Antworten ankreuzen. Wir werden Sie in der nächsten Ausgabe von ROTKEHLCHEN über das Ergebnis der Umfrage und den Stand der Planungen unterrichten.

Bitte füllen Sie den Fragebogen aus und schicken ihn möglichst bald an die Redaktion. Wer will, kann auch unterschreiben!

1. Warum besuchen Sie das "Meßdorfer Feld"?

- Ich gehe (mit meinem/n Kind/ern) spazieren. Ich treibe Sport.
 Ich möchte ungestört von Autos sein. Ich genieße die Natur.
 Ich genieße die frische Luft. Ich führe meinen Hund aus.
 Ich habe ganz andere Gründe, und zwar:

2. Von wo kommen Sie zum "Meßdorfer Feld"? (z.B. Eendenich, Hügel...)

Ich komme

3. Gehen Sie öfter auf das "Meßdorfer Feld"?

- Ja sehr oft, ca. ... mal täglich. Ja öfter, ca. ... mal pro Woche.
 Nein nicht so oft, nur rund mal pro Monat/Jahr.

4. Was halten Sie vom "Meßdorfer Feld"? Was gefällt Ihnen, was könnte besser sein?

.....

5. Nach dem zur Zeit gültigen Flächennutzungsplan ist ein großer Teil der Fläche des "Meßdorfer Feldes" für Straßen, Gewerbe- und Wohnbebauung vorgesehen. Wie ist Ihre Meinung zu diesen Plänen?

- Ich befürworte die Pläne. Ich habe dazu keine Meinung.
 Ich bin für den Erhalt des "Meßdorfer Feldes" im heutigen Zustand und lehne die Pläne ab.
 Ich lehne die Pläne ab und bin für eine Verschönerung des "Meßdorfer Feldes" (Hecken- und Baumpflanzung, mehr Grünflächen, Bänke etc.) bei Erhalt der Erholungsfunktion und landwirtschaftlichen Nutzung.
 Ich bin ganz anderer Meinung. Und zwar meine ich, daß

Wir danken Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

verständnis und verständlicher Unruhe geführt. Wir bedauern das. Aber durch das Schreiben des Ministeriums vom 20. Juni und die hier gegebenen Informationen sollten die Sorgen der Mieter ausgeräumt sein.

ROTKEHLCHEN: Frau Dr. Hendricks, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Wie kommen wir hier raus?



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Buchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156